

Beschluss des 6. Landesparteitages
2. Tagung der Partei DIE LINKE. Thüringen am 27.10.2018 in Weimar

(Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen)

Gute Arbeit im Öffentlichen Dienst - Sachgrundlose Befristungen im Öffentlichen Dienst des Landes abschaffen

Die Partei DIE LINKE. Thüringen und deren Vertreter_innen in den kommunalen Mitbestimmungsververtretungen und auf Landesebene setzen sich vehement für die Interessen der Beschäftigten im Öffentlichen Dienst ein. Ein wichtiges Ziel ist dabei die Abschaffung von sachgrundlosen Befristungen.

Leider sind derartige Befristungen im Zuständigkeitsbereich des Landes Thüringen noch regelmäßig geübte Praxis. DIE LINKE hat indes auf Bundesebene in ihrer Programmatik seit Langem die Abschaffung dieser Praxis gefordert; das Bundesarbeitsgericht geht in seiner Rechtsprechung davon aus, dass im Öffentlichen Dienst das unbefristete Arbeitsverhältnis die Regel ist.

Aus unserer Sicht sollte der Öffentliche Dienst des Landes Thüringen jedoch Vorbild sein. Das unbefristete Arbeitsverhältnis im Öffentlichen Dienst sollte darum als Leitbild in unserem Wahlprogramm für die Landtagswahl 2019 und ggf. für nachfolgenden Koalitionsverhandlungen als Prämisse aufgenommen werden.

Die Befristung bei Beschäftigungen in den Kommunen und beim Freistaat muss weitestgehend abgeschafft werden. Befristete Beschäftigungsverhältnisse sollen als absolute Ausnahme und ausschließlich sachbegründet möglich sein.

Das Konzept zur Personalentwicklung des Thüringer Landesdienstes bis zum Jahr 2025 (PEK 2025) vom 28. Februar 2017 soll dahingehend progressiv vorangetrieben werden, dass sich auch dort der Anspruch auf befristete Beschäftigung als absolute Ausnahme niederschlägt.

Die Fraktion DIE LINKE. im Thüringer Landtag wird aufgefordert, alle Gesetzesinitiativen der Landesregierung, die sich mit dem Stellenabbaukonzept (SAK) 2020 und/oder dem Personalentwicklungskonzept (PEK) 2025 beschäftigen, dahingehend zu prüfen und/oder zu ändern, dass keine sachgrundlos befristeten Arbeitsverhältnisse in die Personalplanung des Landes einfließen. Dabei ist zu vernachlässigen, ob dies aktuelle Entscheidungen in der derzeitigen Regierungsverantwortung oder die, die nach der Landtagswahl im Oktober 2019 anstehen, betrifft.

Sofern das SAK 2020 und das PEK 2025 nur befristete Einstellungen vorsehen und/oder durch Umsetzung dieser Konzepte bspw. Einstellungen von Lehrkräften an Thüringer Schulen verhindert oder verunmöglicht werden, sind beide Konzepte außer Kraft zu setzen und/oder ein Moratorium zu prüfen.

Davon unberührt bleibt es Aufgabe der LINKEN in Thüringen, sich grundsätzlich mit der Frage zu beschäftigen, wie sich die Arbeit im Öffentlichen Dienst mit Blick auf den heutigen und zukünftigen Fachkräftemangel, einer Verwaltungsstrukturreform und der an- und noch ausstehenden Digitalisierung, auch im Sinne der Steigerung der Attraktivität, verändern muss. Dabei muss auch der aktuell geplante Stellenabbau im Öffentlichen Dienst des Landes ergebnisoffen diskutiert werden.